Was kümmert Müllers der Hindukusch?

Ein Beitrag von Prof. Dr. Andreas Buro
für die Kooperation für den Frieden, 06.09.2009

Am 11. 9. 2001 haben Al Quaida Terroristen zwei Passagierflugzeuge in die Twin-Towers des World Trade Centers in New York gesteuert und so über 3 000 Menschen ermordet. Die hoch komplexe Terroraktion wurde in den USA und Europa – nicht zuletzt in Deutschland - vorbereitet und in den USA ausgeführt.

Knapp einen Monat später vor acht Jahren am 7. 10. 2001 begann vorwiegend die US-Armee im Bund mit Warlords und Opium-Baronen aus dem nicht-paschtunischen Norden Afghanistans den Krieg gegen die Taliban-Regierung in Kabul und stürzte diese schnell. Zur Erinnerung: Die Taliban, rigorose Islamisten, die sich vorwiegend auf das Mehrheitsvolk der Paschtunen stützen, waren zuvor mit Hilfe des pakistanischen Geheimdienstes, gefördert durch die USA, an die Macht gekommen.

Inzwischen spielen die simplen Ausbildungsstätten von Al Quaida und die Organisation selbst in Afghanistan nur noch eine bescheidene Rolle. Der westliche Interventionskrieg wird vorwiegend gegen den afghanischen Widerstand geführt, der in unserer Medien unzutreffender Weise unter dem Sammelbegriff Taliban abgehandelt wird. Es sind viele unterschiedliche Gruppierungen, die den Widerstand tragen. Schließlich wird Afghanistan seit nunmehr fast 200 Jahren von den Kolonialmächten England und Russland, im Ost-West-Konflikt von grausamen Stellvertreterkriegen und nun erneut von USA und NATO mit Krieg überzogen. Nicht zuletzt deshalb ist Afghanistan eines der ärmsten Länder der Erde. Viele Menschen dort hungern.

Müllers fragen sich zu Recht, wie übrigens auch viele Generäle, was ist eigentlich das Ziel dieses Krieges?

Was hat er noch mit dem Angriff auf die Twin-Towers zu tun? Wird am Hindukusch tatsächlich unsere Freiheit verteidigt, wie ein ehemaliger deutscher Kriegsminister behauptete, während der deutsche Innenminister tatkräftig an der Einschränkung von Freiheitsrechten in Deutschland arbeitete? Führen wir wirklich diesen Krieg, um Afghanistan Demokratie zu bringen? Dazu arbeitet der Westen mit den vielen korrupten Warlords und Opiumbaronen zusammen, die in Kabul in gut gesicherten Supervillen wohnen und Regierungsämter bekleiden, aber sicher nichts mit Demokratie im Sinne haben. Müllers – und über 60% der Deutschen können das nicht begreifen – zu Recht! Die massiven Fälschungen bei den aktuellen Präsidentenwahlen werfen erneut ein Schlaglicht auf die Haltlosigkeit der westlichen Kriegsbegründung.

Was Müllers nicht wissen

Die Kriegspläne gegen Afghanistan waren längst vor dem 11.9.2001 in den USA ausgearbeitet worden.

Auch vor dem 11.9.2001 hatte man aus den USA den Taliban Verträge für den Bau von Pipelines vorgelegt. Diese erschienen der Regierung in Kabul so ungünstig, dass sie ablehnte. Daraufhin sollen hohe US-Repräsentanten gedroht haben: Ihr könnt einen Teppich aus Geld bekommen, oder einen Bombenteppich.

Der mörderische Angriff auf die Twin-Towers ließ dann den westlichen Angriffskrieg auf Afghanistan für so manche berechtigt erscheinen, obwohl Kabul bereit war, Osama Bin Laden, das Oberhaupt von Al-Quaida, an ein internationales Gericht auszuliefern. Washington lehnte ab und forderte eine Auslieferung an die USA.

Doch Müllers verstehen noch immer nicht, warum die NATO dort weiter bombt

Kooperation für den Frieden

Mitwirkende:
Aachener Friedenspreis e.V.
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)
Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden
Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V.
Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow
Bremer Aktion für Kinder (BAKI)
Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi)
Bund für Soziale Verteidigung (BSV)
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW)
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner-Innen (DFG-VK)
EUCOMmunity
Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern (EAK)
Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland – Friedensausschüsse
Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V.
Frauen in Schwarz Hamburg
Frauen in Schwarz Köln
Frauennetzwerk für Frieden e.V.
Friedensbündnis Hannover
Friedensforum Münster
Friedensgruppe Altenholz
Friedensinitiative Nottuln e.V.
Friedensrat Müllheim
Friedenszentrum Braunschweig e.V.
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptvorstand
Heidelberger Friedensratschlag
Infostelle für Friedensarbeit, Meckenheim
IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms)
IFIAS (Institute for International Assistance and Solidarity)
IPPNW, Deutsche Sektion der internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung
Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
Internationaler Versöhnungsbund – deutscher Zweig
Komitee für Grundrechte und Demokratie
Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in der Region Ingolstadt
Lebenshaus Schwäbische Alb
Leserinitiative Publik e.V.
Menschen für den Frieden, Anti-Kriegsbündnis Düsseldorf
Mönchengladbacher Friedensforum
NaturwissenschaftlerInnen-Initiative "Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit"
Netzwerk Friedenskooperative
Netzwerk Friedenssteuer
Ökumenisches Friedensnetz
Düsseldorfer Christinnen und Christen
Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit, Berlin
Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF)
pax christi – Deutsche Sektion
Rhöner Friedenswerkstatt im UNESCO Biosphärenreservat, Künzell
Sichelschmiede, Werkstatt für Friedensarbeit in der Kyritz-Ruppiner Heide
VVN-BdA, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen
Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden
Würselener Initiative für den Frieden

Acht Jahre Krieg haben den afghanischen Widerstand gestärkt. Politiker und Militärs sind ratlos und fürchten das Schlimmste. Noch mehr Militär fordert der kommandierende US-General. Die eigentlichen Ziele des Krieges werden nicht genannt:

– Zugang zu den zentralasiatischen Rohstoffen und entsprechende militärstrategische Stützpunkte sowie

– die Bewährung der NATO als weltweit intervenierendes Militärbündnis des Westens in Zeiten der Globalisierung.

Müllers sind mehr an Kooperation als an Pipelines und Kriegsbündnissen interessiert

Während die NATO-Staaten Kanada und die Niederlande bereits für 2010/11 den Abzug ihrer Truppen angekündigt haben, hält die Bundesregierung eisern an dem Kriegsbündnis fest. Nicht wegen Afghanistan, sondern weil Berlin sich als wichtiger EU-Militärpfeiler zu der führenden NATO-Macht USA profilieren möchte. Deshalb setzt auch die Bundesregierung weiter auf militärischen Sieg und lässt sich nicht auf einen Friedensdialog mit dem afghanischen Widerstand ein. Der „feige Guerilla-Krieg" und das „mutige" und höchst ehrbare Ermorden über High-Tech-Drohnen und so weiter von tausenden Zivilisten geht also weiter.

Die unabdingbare Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung in Afghanistan ist die Beendigung der bewaffneten Kämpfe.

Diesem Ziel ist nur näher zu kommen, wenn die ausländischen Truppen abgezogen werden. Der Rückzug der Bundeswehr verbunden mit weitreichenden Angeboten zum zivilen Aufbau und zum Dialog auch mit dem Widerstand ist das Gebot der Stunde. Er könnte ein Einstieg in den Ausstieg sein.

Berlin scheint noch immer zu denken, es könne gegen eine breite Mehrheit der Bevölkerung seine Kriegspolitik weiter voran treiben.

Die deutsche Friedensbewegung setzt dagegen „Friedenspolitik statt Krieg".

Sie hat detaillierte Pläne hierfür ausgearbeitet (s. Monitoring-Projekt Dossier IV, Der Afghanistan-Konflikt, Hg.: Kooperation für den Frieden, Bonn 2008, 2.Aufl.2009, HYPERLINK „http://www.koop-frieden.de/"www.koop-frieden.de, Tel. 0228-692904) und arbeitet eng mit der afghanischen Friedens-Jirga zusammen, die die gleichen Ziele anstrebt.

Wir erinnern an die höchst aktuelle Forderung Bertha von Suttners: „Die Waffen nieder!"

Wir fordern: „Make peace, not war."

Wir sind sicher: „Friedenspolitik ist möglich."

Andreas Buro

Am Sonnenberg 42, D-61279 Grävenwiesbach

Tel. 0049 (0)6086-3087, Fax –243, e-mail: andreas.buro@gmx.de